



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Offenlegung von „Gesetzgebungs-Outsourcing“

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/897

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 21. Juni 2013 überwiesenen Antrag der Fraktion der PIRATEN in mehreren Sitzungen, abschließend am 25. Mai 2016, befasst.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Antrag, Drucksache 18/897, zur Ablehnung.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende